Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 30 Pfg. (für Familiennachrichten ꝛc.), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.
Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Photographische **Apparate** für Amateure
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Verkaufslokal
Parterre.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unentgeltlich.
IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Schutzmarke.
Carl Tiedemann, Hoflieferant, gegr. **1833,**
empfiehlt in tadelloser Waare:
Asphalt-Lacke, Blech-Lacke, Copal-Lacke, Damar-Lacke, Siccative u. Spiritus-Lacke.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 18.
Zwickauerstr. 52. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Ausverkauf sämmtlicher **ff. deutscher** und **englischer Tuchwaaren**
wegen vollständiger Geschäftsauflösung mit 20% Rabatt. **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20** (3 Raben).

Nr. 50. Spiegel: Ausweisungen aus Nordschleswig. Präsident Loubet. Hofnachrichten. Innungsverband, Kaiserreise, Fischereiverein, Zum Fall Ihle, Rabattgesellschaft, Bezirksausschuß. „Jedova." | Muthmaßl. Witterung: Heiter, trocken. | **Sonntag, 19. Februar 1899.**

Politisches.

Nach dem vollständigen Fiasko, das im preußischen Abgeordnetenhause die freisinnige Interpellation über die Ausweisungen dänischer Hetzer aus Nordschleswig erfahren hatte, war es begreiflich, daß die Dänen und deren Eideshelfer das Bedürfniß empfanden, den Kampf gegen die deutschnationale Politik der preußischen Regierung auf dem günstigeren Terrain im Reichstage aufzunehmen. Hier durfte die dänisch-freisinnige Brüderschaft auf die Unterstützung der Sozialdemokratie und der „regierenden Partei", des Centrums, rechnen, die sich bei der Besprechung der Interpellation in der Prinz Albrechtstraße in Schweigen gehüllt hatte, weil das Centrum an der schweren Niederlage, die dort den Gegnern einer starken zielbewußten deutschnationalen Politik bereitet wurde, keinen Antheil haben wollte. Aber im Reichstage schwingt das Scepter der „Reichsregent" Dr. Lieber, der „Mußpreuße", der, als die Caprivi'sche Militärvorlage auf der Tagesordnung stand, das offenherzige Bekenntniß ablegte, daß der ungeschmälerte Fortbestand der Centrumsfraktion wichtiger sei als die Erhaltung des Deutschen Reiches. Mag auch der ultramontane Führer den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß seine Partei neuerdings nationale Forderungen nicht nur bewilligt, sondern ausschlaggebend zum Siege geführt habe, blos um der Förderung nationaler Interessen willen ist das sicherlich nicht geschehen; denn auch heute noch marschirt im Reichstage die Windthorst'sche Fraktion mit ihrer ganzen Heeresfolge von Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Welfen, Dänen und Elsaß-Lothringern in geschlossenen Colonnen auf, sobald es sich darum handelt, ein energisches Vorgehen der Regierung gegen reichs- und staatsfeindliche Agitationen zu bekämpfen. Im Reichstage herrscht auch heute noch jene Majorität, die so beschaffen ist, daß, wie einst Fürst Bismarck sagte, „die eingestandenen Intransigenten und dauernden Gegner des Reiches im Anschluß an sie ihre Rechnung zu finden glauben". „Wenn ich sehe", bemerkte der große Kanzler in der Reichstagssitzung vom 26. März 1886, „daß diese Majorität den Beifall der Polen hat, die sich nie mit dem Deutschen Reiche vertragen haben, den Beifall und die Unterstützung der Franzosenfreunde, den Beifall und die Unterstützung der Sozialdemokratie — dann werde ich bedenklich, ob ich in dieser Majorität den sicheren Angelpunkt für die deutsche Einheit finden kann."

Im Sinne des Ultramontanismus war die vorgestrige Besprechung der Dänen-Interpellation wieder ein „schöner Tag", wie die letzte Reichstagsverhandlung über die Jesuitenfrage, als Dr. Lieber über seine gesammte Gefolgschaft von Polen und Dänen, von Welfen und Elsässern, von Sozialdemokraten und Freisinnigen männlicher und weiblicher Linie Heerschau abhielt und seine allerhöchste Zufriedenheit über die unwandelbare Treue aussprach, mit der sich diese ganze Gesellschaft immer wieder unter dem ultramontanen Banner zusammenfindet. Diesmal spielte der Däne Johannsen die Ouverture; er ließ die Leitmotive erklingen, die in den Reden des Freisinnigen, des Sozialdemokraten und in dem Finale des Centrumsführers in mannigfaltigen Nuancirungen wiederkehrten. Der Abg. Johannsen behauptete, daß es sich bei der dänischen Propaganda, gegen die sich die Köller'sche Politik richte, um gar nichts Anderes handle als um die Vertheidigung und Erhaltung der dänischen Sprache. In einer zweistündigen Vorlesung suchte dann der freisinnige Kieler Professor Hänel diese Behauptung zu begründen und nachzuweisen, daß man in Schleswig nur mit der Versöhnungspolitik Erfolge erzielen könne. Davon, daß die Agitationen der Dänen in Nordschleswig in Wirklichkeit deutschfeindlicher Natur sind, weil sie auf die Lostrennung preußischer Landestheile ausgehen, und daß die Politik der preußischen Regierung nicht im Entferntesten die Ausrottung der dänischen Sprache, sondern den Schutz der deutschen Nationalität und der deutschen Einigkeit bezweckt, das hat sich der Herr Professor in seiner Studirstube nicht klar zu machen vermocht. Er kann nicht einsehen, daß sich die Ausweisungen als eine absolut nothwendige Abwehrmaßregel gegen den Frieden störende dänische Elemente darstellen; er verlangt, daß man sich mit diesen Elementen verständigen soll, obwohl diese von einer solchen Verständigung gar nichts wissen wollen, weil eben ihr letztes Ziel die Losreißung Nordschleswigs von Preußen ist. Zwar hat auch Herr Hänel zugeben müssen, daß die dänische Agitation hart ist und zu verurtheilen sei; dennoch bleibt er dabei, daß man nur auf „moralische Eroberungen" ausgehen dürfe. Was von dieser Professorenweisheit zu halten ist, hat Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" ausgesprochen, wo er über die Zeit von Olmütz im Jahre 1850 bemerkt: „Der Grundirrthum der damaligen preußischen Politik war der, daß man glaubte, Erfolge, die nur durch Kampf oder Bereitschaft dazu gewonnen werden konnten, würden sich durch publizistische, parlamentarische und diplomatische Heucheleien in der Gestalt erreichen lassen, daß sie als Lohn unserer tugendhaften Bescheidenheit, zum Lohne oratorischer Bethätigung unserer deutschen Gesinnung aufgezwungen erschienen. Man nannte das später „moralische" Eroberungen, es war die Hoffnung, daß Andere für uns thun würden, was wir selbst nicht wagten." Wenn der freisinnige Redner zur Vertheidigung der dänischen Beschwerden an die Gerechtigkeit appellirt und von der „richtigen Würdigung des Menschenthums" redet; wenn er im salbungsvollen Brusttone der Ueberzeugung erklärt, unser Herrgott habe die Menschen nach seinem Willen geschaffen und nicht nach dem einer Bureaukratie, einer wechselnden Politik und eines gewissenlosen Streberthums, so wird er sich mit diesen Ergüssen eines unverbesserlichen Doktrinarismus sicherlich die rückhaltlose Anerkennung des deutschfeindlichen Dänenthums sichern, alle nationalgesinnten Deutschen aber werden der preußischen Regierung und insbesondere Herrn Oberpräsidenten v. Köller dankbar sein, daß die Regierungspolitik mit solchen Anschauungen nichts mehr zu thun hat, daß von den Männern, denen die oberste Leitung der Provinz Schleswig-Holstein anvertraut worden ist, Herr v. Köller der Erste ist, der es klar und entschieden ausgesprochen hat: „So, wie es bisher gegangen, kann und darf es nicht weitergehen. Es soll Ruhe herrschen im Lande, und ich werde Ruhe schaffen!"

Von Prof. Hänel zu Prof. Delbrück ist nur ein Schritt. Dieser hat aber nicht mehr das Vergnügen, im Reichstage zu sitzen, und so war es ganz natürlich, daß der Abg. Liebknecht an seiner Statt auftrat, um die Ausweisungspolitik ganz nach Delbrück'schem Muster zu behandeln. Inhaltlich deckt sich die Rede des sozialdemokratischen Führers vollständig mit jenen vielbesprochenen Auslassungen des Berliner Universitätsprofessors, die Gegenstand der Disziplinaruntersuchung sind. Der „Mußpreuße" Dr. Lieber hielt schließlich einen längeren Vortrag über das Thema „Nationalbewußtsein und Muttersprache", in der Hauptsache eine Wiederholung der Hänel'schen Vorlesung. Er sang dabei ein Loblied auf das heilige römische Reich deutscher Nation und machte die Entdeckung, daß es noch gar nicht lange her sei, daß man in Deutschland wieder gelernt habe, deutsch zu sein. Offenbar soll das der Fall sein, seit Fürst Bismarck von seiner Stellung als Reichskanzler zurücktreten mußte und Dr. Lieber selbst die Führung im Reiche übernommen hat. Die Besprechung der Dänen-Interpellation war in der That für das Lieber'sche Centrum wieder ein „schöner Tag". Nur blieben auch diesmal, wie am Jesuitentage, die Plätze des Bundesraths leer. Bei Beginn der Besprechung der Interpellation verließ am Donnerstag der Reichskanzler, gefolgt von sämmtlichen Vertretern des Bundesraths, den Saal; dasselbe geschah auch vorgestern, als die Besprechung fortgesetzt wurde.

Präsident Loubet.

Versailles, 18. Februar. **Loubet** wurde mit 483 Stimmen zum Präsidenten **gewählt**. Méline erhielt 270 Stimmen.

Emile Loubet wurde am 31. Dezember 1838 geboren und widmete sich der Advokatur. Im parlamentarischen Leben, in das er 1876 eintrat, hielt er sich zu den gemäßigten Republikanern und bewährte sich als fleißiger Arbeiter in den Ausschüssen. Seine Freundschaft mit Sadi Carnot, dem späteren Präsidenten der Republik, brachte ihn rasch vorwärts. Er erhielt im Februar 1892 die Ministerpräsidentschaft angeboten und nahm sie an. In dieser verantwortungsvollen Stellung versagten jedoch seine Kräfte. Er war außer Stande, die radikalen und sozialistischen Elemente auch nur halbwegs im Zaume zu halten, und als vollends die Wogen des Panamaskandals über ihm zusammenschlugen, beeilte er sich zu demissioniren, nachdem er nur 11 Monate im Amte gewesen war. In dem neuen Kabinet Ribot ließ er sich freilich noch einmal dazu herbei, Minister des Innern zu werden. Da er jedoch als solcher den Fehler beging, sich offen auf die Seite der Kompromittirten im Panamaskandal zu schlagen, so wurde er von Ribot zur Abdankung genöthigt. Seitdem gehörte er dem Senat an und übernahm nach dem Tode Challemel-Lacour's den Vorsitz in dieser Körperschaft, mit dem zugleich der Vorsitz in der Nationalversammlung bei der Präsidentenwahl verbunden ist. Seine jetzige Wahl zum siebenten Präsidenten der dritten Republik scheint in erster Linie dem Umstande zugeschrieben werden zu müssen, daß er im entscheidenden Augenblick sich energisch zu der republikanischen Staatsform bekannt und ihre Aufrechterhaltung versprochen hat. Es wird darauf ankommen, ob Herr Loubet als Präsident versteht, den Radikalismus zu zügeln und die Dreyfusbewegung einzudämmen. Wenn nicht, so dürfte seine Amtsthätigkeit nur einen kleinen Bruchtheil der gesetzlichen sieben Jahre überdauern.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Februar.

* **Berlin.** Der Kaiser, welcher Nachmittags von Hubertusstock zurückkehrte, begab sich direkt vom Bahnhofe nach der französischen Botschaft, um dem Botschafter sein Beileid auszusprechen. Die Unterredung dauerte 40 Minuten.

Berlin. Reichstag. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des gegen den Abg. Stadthagen schwebenden Strafverfahrens wegen Beleidigung sämmtlicher preußischen Landräthe u. s. w. für die Dauer der gegenwärtigen Session wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Dann wird die Besprechung der Interpellation Johannsen über die **schleswigschen Ausweisungen** fortgesetzt. — Abg. **Lenzmann** (freis. Volksp.): Die Behandlung, welche die verbündeten Regierungen der Interpellation zu Theil werden ließen, indem sie die Antwort verweigerten, sei ein weiterer Schritt, um das Ansehen und die Kompetenz des Reichstags herabzusetzen. Schon bei der lippeschen Thronfolgefrage hätten die verbündeten Regierungen versucht, dem Reichstage die Kompetenz zu bestreiten. Im preußischen Abgeordnetenhause hat man gesagt, daß Denjenigen, welche die Art der Ausweisungen tadeln, die nationale Gesinnung abzusprechen sei. Wenn er dies hier sagen wollte oder sollte, was von Seiten außerhalb dieses Hauses geschehe, so würde er einen Ausdruck gebrauchen müssen, den er hier im Parlament nicht anwenden könne. Wenn man unter „national" verstehe, was er Chauvinismus nenne — selbstsüchtige Benutzung angeblich nationaler Gesinnung —, dann sei er mit seinen Freunden freilich nicht national. Sie seien es aber in dem Sinne, wie gestern der Reichskanzler es an dem verstorbenen Präsidenten Faure rühmte. Sie würden nicht dulden, daß auch nur ein Zoll breit von unseren Grenzen uns entrissen werde. Wenn dänische Agitatoren die eigene Hoffnung und den Aberglauben hätten, wir könnten jemals noch Schleswig zurückgeben, so sei diese Hoffnung so absurd, daß es am allerwenigsten nöthig sei, gegen sie Mittel des Unrechts und der Gewalt anzuwenden. Die Agitatoren selber sagten, sie wollten nur für die Erhaltung des Nationalgefühl und der nationalen Sprache sorgen. Damit ständen sie auf gesetzlichem Boden; es sei nur anzuerkennen, wenn Jemand mit Treue an seiner Muttersprache und an seiner Nationalität hänge. Redner kritisirt sodann die Willkür der angewandten Mittel. Ueber die dadurch bewirkte wirthschaftliche Schädigung solle man sich nicht mit so burschenmäßiger Frische hinwegsetzen, wie das der Oberpräsident v. Köller thue. Weiter verbreitet sich Redner über Eingriffe in das Vereins- und Versammlungsrecht in Nordschleswig. Selbst Hochzeiten würden überwacht und die Hochzeitgeber und -Gäste bestraft wegen Singens des „Tapperen Landsoldaten", obwohl hinterher auch gesungen worden sei „Deutschland, Deutschland über Alles" und sogar das Lied „Ich bin ein Preuße". Alles, was an Genauigkeit denkbar sei, werde aber übertroffen durch die Entziehung des Elternrechts, dieses nicht vom Staate, sondern von Gott geordneten heiligen Rechts. Wohin solle das führen, wenn ein Amtsrichter berechtigt sein solle, Jemand wegen seiner politischen Anschauungen die Kinder zu nehmen. Am liebsten nehme man auch den sozialdemokratischen Eltern das Erziehungsrecht, wenn diese Partei nicht zu stark wäre. Die dänischen Eltern seien umsomehr berechtigt, ihre Kinder auf die Schule nach Dänemark zu schicken, als sie ihre Kinder in preußischen Schulen nicht in ihrer Muttersprache unterrichten lassen könnten. Erreicht werde mit diesen Maßregeln gar nichts; je schroffer man vorgehe, desto stärker werde der Widerstand, desto weniger deutsche Stimmen hätten sich bei den Wahlen ergeben, desto geringer sei die Assimilation gewesen. Durch eine kurzsichtige und bureaukratische Politik, welche der Würde und dem Ansehen Deutschlands widerspreche, würden die Gegensätze nur verschärft. — Abg. **Lehr** (nl., Generalsekretär des Alldeut. Verb.): Wozu nützt der ganze Lärm? Es sollten Reden gehalten werden für die Leute draußen. Die Interpellation hier war ganz unnöthig, denn da der Reichskanzler auch preußischer Ministerpräsident ist und doch als solcher die Ausweisungen nicht dulden würde, wenn er sie mißbillige, so wisse man doch auch, wie er als Reichskanzler darüber denke. Redner schildert dann die dänische Agitation, u. A. auf einen Kalender von 1899 verweisend, herausgegeben vom dänischen Sprachverein, zu dessen Vorstand Johannsen gehört. Wer das Gastrecht mißbrauche, der müsse eben ausgewiesen werden. — Abg. **Stockmann** (Reichsp.) hält den Reichstag nicht für zuständig, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Fall der Kompetenz könne nur eintreten, wenn durch Ausweisungen in einem Einzelstaate die Interessen des Reiches direkt gefährdet würden. Wohin sollte das führen, wenn der Reichstag sich in einzelstaatliche Verwaltungen, beispielsweise in preußische Schulpolitik, sollte einmischen dürfen. Was die Ausweisungen selbst anlange, so seien sie nothwendig geworden, um einer immer frecher auftretenden, auf die Abtrennung abzielenden dänischen Agitation entgegenzutreten. Es handele sich nur um Abwehr, eine Schädigung deutscher Interessen liege nicht in den Ausweisungen, sondern vielmehr werde das Reich durch solche Interpellationen geschädigt, die dem Auslande falsche Begriffe beibringen und die dänische Agitation nur stärken. (Widerspruch links, lebhafter Beifall rechts.) Der Freisinn habe sich in direkten Gegensatz zu der Volksstimmung in Schleswig-Holstein gesetzt. Wo jetzt der Oberpräsident sich sehen lasse, werde er mit Jubel aufgenommen, in Schleswig selbst sei die Darbringung eines Fackelzugs von einer Versammlung beschlossen worden, welcher auch Freisinnige, sogar Volksparteiler beigewohnt hätten. In Kiel sei von einer 150 Personen zählenden Versammlung das Verhalten des Abg. Barth im Abgeordnetenhause verurtheilt worden, wieder unter Zustimmung freisinniger Leute, er nenne nur die Herren Hänel und den Professor Esmarch. Redner billigt auch, daß der Minister in der Frage der Entziehung des Elternrechts sich nicht in die Anordnungen der Richter einmische; es sei nur zu wünschen, daß die Regierung auch sonst allen solchen Agitationen gegenüber eine gleiche Energie bewähre. — Abg. v. **Dziembowski** (Pole) kann die Maßnahmen der preußischen Regierung weder als gerecht noch als human anerkennen. — Abg. v. **Hodenberg** (Welfe): Seine Freunde wollten sich mit der dänischen Agitation nicht identifiziren, aber die Ausweisungen billigten sie nicht. Preußisch fühlen und handeln könne er nicht, die Liebe zu seinem angestammten Herrscherhause könne man ihm nicht verwehren. Der preußische Bureaukratismus habe es doch noch nirgends verstanden, sich Sympathieen zu erringen. — Abg. **Sattler** (nl.) erwidert auf eine Anspielung des Vorredners, seine nationalliberalen Freunde seien im Interesse der nationalen Einigung für die Angliederung Hannovers an Preußen eingetreten und würden stets die Fahne des Deutschen Reiches und des Deutschthums hochhalten. Außer einigen Freisinnigen und Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein seien alle Deutschen dort mit den getroffenen Maßregeln einverstanden. Was er im Abgeordnetenhause über nationale Gesinnung gesprochen habe, davon nehme er auch heute nichts zurück trotz Herrn Lenzmann. Die Kompetenz des Reichstages, über die Ausweisungen zu sprechen, hielten seine Freunde allerdings für unbestreitbar, dagegen sei der Reichstag allerdings nicht kompetent, über einzelstaatliche Schulfragen und über Entziehung elterlicher Rechte zu sprechen. Dem Abg. Lieber gegenüber müsse er ausdrücklich bestreiten, daß das alte römische Reich deutscher Nation es besser verstanden habe, seine Grenzen zu wahren, in Wirklichkeit seien damals viele deutsche Grenzdistrikte verloren gegangen, namentlich auch die deutschen Flußmündungen. Daß die dänische Agitation illoyal vorgehe, habe selbst Herr Hänel als klassischer Zeuge zugegeben. — Abg. **Muncke**l (freisinnige Volkspartei): Der Mann von dem im preußischen Abgeordnetenhause nicht gesprochen werden dürfe, der zweite Kanzler Graf Caprivi habe einmal gesagt, national sei von uns Jeder, und auch seine Partei sei es; eine maßlose Agitation verurtheilten auch sie, aber die Maßregeln der Regierung seien zum Theil so, daß man sie mit dem Ausdruck „kleinlich" noch ehre. Wenn die dänische Agitation wüst sei, so sei doch nicht jede Maßregel dagegen statthaft. Man dürfe nicht ganz harmlose Leute durch Ausweisungen bestrafen und in die heiligen Rechte der Familie eingreifen. Das sei ein Patriotismus mit Kraftmitteln, der nur zu sehr an die sogenannte Schneidigkeit erinnere. Es sei nicht gerade geschmackvoll, mit Fackelzügen über ein paar ausgewiesene Knechte zu triumphiren. Der Zweck der Interpellation sei erreicht: es habe gezeigt werden können, daß es noch eine

Verbrecherisch.
Glückliche Lebens-Philosophie.
„Seppel, i freu mi so!"
Meine Frau sagt:
Triumph-Seife
ist noch eine bessere für Wäsche und Haushalt